

Börsen-Zeitung

Verantwortliche Leiter: Rudolph Walthar Feak, Pauline Tsch. Dr. Hans-Jürgen, Hans und Wilmshorst, Franz Köpcke, Lehnke und Spitz, Ernst Reichen, sämtlich in Berlin.

Verantwortliche für den Anzeigenteil: Christian Hagen, Berlin. Verlag mit Druck: Paulsen & Bredow, Zeitung, Druckerei und Verlag, G.m.b.H., Berlin W 8, Krausenstr. 37.

Abendausgabe . 20 Pfennig.

73. Jahrgang

Montag, 13. Februar 1928

Gesamtaussperrung der deutschen Metallindustrie.

Drohende Stilllegung der ganzen deutschen Eisenindustrie.

Der Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller hat beschlossen, zur Unterstützung der bereits seit vier Wochen im Streik befindlichen mitteldeutschen Metallindustrie die Gesamtaussperrung in der deutschen Metallindustrie am 22. Februar mit Arbeitsstillstand vorzunehmen.

Der Beschluß des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller wird veröffentlicht, wenn man sich die Situation in der Metallindustrie vergegenwärtigt, wie sie in den letzten Wochen in der R.-Z., zuletzt insbesondere in Nr. 69 vom 10. d. M., dargestellt worden ist. Der Beginn des Arbeitskampfes in Mitteldeutschland, der den Auftakt zu dem jetzt gefassten Beschluß der gesamten Metallindustrie bildet, ließ bekanntlich von Anfang an erkennen, daß man auf gewerkschaftlicher Seite eine friedliche Einigung nicht wollte. Schon auf Wunsch der Gewerkschaften eine Erklärungseffekt für den Arbeitgeber-Schiedspruch, der einer Stundenloshöherung um 3 auf 7 Pfennig forderte, bis zum 18. Januar angelegt wurde, trat schon am 16. auf Veranlassung der Gewerkschaften eine Reihe von Beschäftigten in Greif. Von Streikbereitschaft wurde erst am 17. Januar, nachdem Einigungsversuche im Reichsarbeitsministerium als endgültig gescheitert angesehen waren, die Aussperrung in Mitteldeutschland durchgeführt, zumal bekannt wurde, daß den im Betrieb betriebenen Zeiten durch Eingehung einer Umlage von 10 Mark pro Kopf und Woche die Aufgäbe einer Unterstützung der Streikenden zugewandt war. Der Reichsarbeitsminister, der für den zeitweiligen Einigungsversuch in Greif die durch die Streikenden verlangte Erhöhung des tariflichen Spitzenlohns um 2 auf 7 Pfennig für verbindlich erklärte, hat bekanntlich die Verbindlichkeit des Schiedspruches des mitteldeutschen Schlichters abgelehnt, obwohl dort die Lohnhöhung für den tariflichen Spitzenlohn sogar 3 Pfennig die Stunde betrug. Die eigenartige Begründung für diesen Standpunkt des Reichsarbeitsministers kann als bekannt vorausgesetzt werden.

Durch diese Haltung des Reichsarbeitsministers ist die Metallindustrie gezwungen worden, den Kampf mit den Gewerkschaften, die eine Lohnhöhung auf 90 Pfg. forderten, allein auszufechten. Die Metallindustrie Mitteldeutschlands hat dabei die Unterstützung der gesamten deutschen Metallindustrie gefunden, weil die bisherigen tariflich annehmbarsten Lohnbedingungen (so ist es) der tarifliche Arbeiter-Spitzenlohn seit Januar 1924 von 45 auf 75 Pfg. gehoben, unter keinen Umständen fortgesetzt werden können, wenn der gegenwärtige deutsche Preisstand gehalten werden soll. Das ist aber unumgängliche Voraussetzung für die Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Beschäftigungsstandes, der bereits seit Mitte vorigen Jahres rückgängigen Charakter angenommen hat. Nach der Statistik des Vereins deutscher Maschinenbauanstalten berichtigten Mitte d. J. 30 Prozent der erfassten Maschinenbestände, jetzt 48 Prozent, über unbefriedigenden Aufwandsausgang aus dem Anlage; die entsprechenden Auslassdifferenzen lauten 50 bzw. 67 Prozent. Die Metallindustrie vertritt gegenüber den gewerkschaftlichen Forderungen, Lohnbedingungen durch Preisauflage auszugleichen, mit Recht den Standpunkt, daß angesichts der bestehenden Untergrabung der Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt endlich einmal die Scheibe ohne Ende zum Stillstand gebracht werden muß. Da schon jetzt die meisten Maschinenfabriken eine Rente nicht mehr abwerfen, müssen weitergehende Lohnforderungen zu Betriebsstilllegungen auf der ganzen Linie führen.

In den nächsten Monaten laufen rund 200 Kohlenwerke ab. Angesichts der Tatsache, daß jeder Zersplitterung der Gewerkschaften zu neuen Lohnforderungen den Weg und damit zu neuen Preisforderungen führt, kommt dem jetzt gefassten Beschluß des Gesamtverbandes der deutschen Metallindustrie eine grundsätzliche Bedeutung zu. Der Erfolg des Kampfes

wird richtunggebend für die deutsche Volkswirtschaft der nächsten Monate werden, nachdem das Reichsarbeitsministerium anstehend zu der Erkenntnis gelangen ist, daß die Zerstörung des gegenwärtigen Beschäftigungsstandes nicht geeignet ist, die Gegensätze zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Interesse der gesamten Volkswirtschaft einschließlich der Arbeiterklasse zu beseitigen.

Von der Aussperrung werden im ganzen rund 800 000 Mann betroffen, davon allein in Berlin rund 250 000. In

Verzicht kommen alle dem Gesamtverband angeschlossenen Untereinigungen der Metall- und Maschinenindustrie einschließlich der elektrotechnischen Industrie.

Wir haben bereits mitgeteilt, daß auch die einschneidende Industrie Deutschlands durch die Aussperrung in der deutschen Metallindustrie zu einer Stilllegung der Betriebe gezwungen werden wird, so daß allgemein die gesamte deutsche Eisenindustrie zum Erliegen kommen würde.

Heute neuer Zentrumsvorstoß gegen die Koalition

Die heute begonnene Woche wird und muß eine Klärung der innenpolitischen Verhältnisse bringen. Die wirtschaftliche Lage, in der sich Deutschland befindet und die durch die ununterbrochene Gesamtaussperrung in der Metallindustrie eine neue Verschärfung erfährt, läßt es als gebührend erscheinen, wenn die Verwirrung in der Koalition und die daraus sich ergebende Unsicherheit der Reichsleitung noch wochenlang anhält. Es muß verlangt werden, daß die Regierungsparteien sich wenn auch nur vorläufig und lediglich zur Herbeiführung der beherrschenden Schlichterarbeiten, auf einer Grundlage gegenseitigen Verständnisses, die eine Erzielung der dringlichsten Aufgaben möglich macht.

Heute umdrittel um 4 Uhr tritt der interfraktionelle Ausschuss zusammen, um zur Zeit Stellung zu nehmen. Es ist im Einzelnen damit zu rechnen, daß der Reichspräsident den Reichstag, der am 17. Februar in allen Punkten die Koalition ablehnt, und offiziell in Namen des Zentrums die Deutsche Volkspartei auffordert, wegen Scheitern der Koalitionsverhandlungen die völksparteilichen Mitglieder aus der Regierung auszuschließen. Es ist selbstverständlich, daß der Reichspräsident den Reichstag diesen Schritt zu tun, nur der Reichspräsident die Deutsche Volkspartei mit der Schuld zu belassen, zurückweisen und dem Zentrum die Verantwortung nicht nachkommen will. Versuche des Zentrums, die Koalition zu retten, sind in der Koalition nicht zu erwarten, sondern nur in der Koalition zu erwarten, die die Koalition zu retten, sind in der Koalition nicht zu erwarten, sondern nur in der Koalition zu erwarten.

Reichspräsident von Hindenburg wird dann zu entscheiden haben, welchen Verlauf die Krise nach dem Zentrumsvorstoß gegen die Koalition nehmen soll. In parlamentarischen Kreisen wird darauf hingewiesen, daß der Reichspräsident zwar die Demission des Kabinetts, wenn sie sich unter dem Druck des Gewerkschaften der Metallindustrie nicht mehr verwehren läßt, annehmen kann, daß er aber keinesfalls nicht zur Reichstagsauflösung zu förmlichen Schritten zu übergehen braucht, sondern daß er einen Weg erlangen kann, der dazu führt, daß von der Reichsregierung die notwendigen Aufgaben vor der Reichstagsauflösung noch erledigt werden. An die Möglichkeit eines Gefährdungsinformations oder eines Scheiterns glaubt man in parlamentarischen Kreisen nicht.

Diese wird die Entscheidung kaum nach zu erwarten sein. Das Zentrum hat keine Fraktionslösung erst auf 18. Februar angesetzt.

Die Zagung des völksparteilichen Schulausschusses.

Der Reichsschulausschuß der Deutschen Volkspartei trat gestern im Reichstagsgebäude zu seiner letzten Sitzung zusammen. Die Versammlung war aus allen Teilen des Reiches stark besucht. Den Vorsitz führte Reichsstaatssekretär Hollmann. Den Hauptwort führte Reichsstaats-

abgeordneter Dr. Haniel über den Stand des Reichsschulausschusses nach der ersten Ausfertigung. Er wies darauf hin, daß die Haltung der Deutschen Volkspartei von der fraktionellen Gesichtspunkten bestimmt wurde: Abweisung einer Bewilligung des Reichsschulausschusses, Abweisung einer Bewilligung des Reichsschulausschusses und endlich Sicherung der Schulausschüsse des Landes. Der Entwurf hatte zu Bedenken dieser drei reichlich Anlaß gegeben. Der Reichspräsident, daß bei einer Schulausschulung auch die Deutsche Volkspartei die jetzt vorliegende Fassung des Entwurfes ablehnen mußte, da eine Reihe berechtigter Forderungen nicht berücksichtigt sei. Die Deutsche Volkspartei habe darum für die neue Fassung nach Änderungen zu erwägen, welche die Forderungen der Reichspartei zu erfüllen, aber die jetzige Fassung hinaus auf Seiten ihrer liberalen Grundzüge weitere Änderungen an Zentrum und Deutschnationalen zu machen. An diesen, so erklärte er, dürfte es sein, mit Angehörigen an die Deutsche Volkspartei heranzutreten. Gravelle Unterschiede seien durch ein Kompromiß auszugleichen, nicht aber grundsätzliche, auch nicht durch Willkür auf Reichstags- und Regierungskreise, ohne daß eine Partei sich selbst aufgäbe. Das sei bestimmend für die Haltung der Deutschen Volkspartei.

Als erstes Diskussionsreferent nahm der Vorsitzende der Reichspartei, Abgeordneter Dr. Scholz, das Wort, um festzustellen, daß die Fraktion mit Dr. Haniel in allen Punkten vollkommen einig sei. Er übernahm die Worte des Reichspräsidenten Dr. Haniel. Bei dem Schulausschuß, so führte er dann aus, handelt es sich nicht um die Frage der Koalition und unter Umständen um die Frage der Reichstagsauflösung. Der Reichspräsident in diesem Zusammenhang unter Hinweis auf die heutigen Ausführungen der „Germania“ grundsätzlich Behauptungen von anderen Parteien darüber, wie sich die völksparteilichen Führer, die Partei und die Fraktion zu den politischen Fragen einzustellen hätten. Sie und niemand könnte ihm behaupten, daß etwa der Kampf der Volkspartei für die Simultanklausuren den Mitgliedern irgendwelche Nachteile. Die Mitglieder können auf keinen Fall so ausgelegt werden, daß die Partei bei ihrer bisherigen Tätigkeit sie auch nur irgendwie verletzt habe und daraus die Simultanklausuren der Zurückführung ihrer Mitglieder irgendwelche Nachteile. Die Mitglieder können auf keinen Fall so ausgelegt werden, daß die Partei bei ihrer bisherigen Tätigkeit sie auch nur irgendwie verletzt haben würde, über das Schulausschuß eine Einigung ausfindig zu bringen, daß aber auch für den Fall des Scheiterns dieses Gesetzes der Reichspräsident des Zusammenbleibens der Koalition befürwortet. Deshalb habe sich die Fraktion auf diesen von staatspolitischen Interessen bestimmten Standpunkt gestellt.

Nach dem mit freudigen Beifall aufgenommenen Ausführungen nahm der Vorsitzende der Reichspartei, Dr. von Campe, das Wort. Er wies darauf hin, wenn man den Gesamtzustand in seiner jetzigen Stellung zur Abklärung stellen würde, alle Regierungsparteien sich abstimmen würden. Es sei daher mehr als unrichtig, wenn man behauptet, die Deutsche Volkspartei sei an dem Scheitern des Gesetzes schuld. Nach längerer Aussprache, an der sich rund 15 Redner beteiligten, und nach einem kurzen

Poincaré tobt in Straßburg.

Gestern hat also Herr Poincaré die seit Monaten unangenehmste große Kundgebung in Straßburg erlebt. Sie hatte den Zweck, den Wahlkampf in Elsaß-Lothringen zu eröffnen und ihn gleichzeitig in die Höhe zu treiben. Poincaré liegt die elsaß-lothringische Frage bekanntlich ganz besonders am Herzen. In Bezug auf die falschen Behauptungen seiner Rede ist ja seine Politik vor dem Krieges ganz auf demselben angelegt gewesen. Entgegen dem falschen Behauptungen seiner Rede hat er um der Abgrenzung willen den Weltkrieg planmäßig vorbereitet und entfesselt. Nun muß er sehen, wie die Methode der Unvollständigkeit, die er seit Versailles Deutschland gegenüber für die richtige hält, Elsaß-Lothringen gegenüber sich als nicht fruchtbar erweist, und wie die Gefahr wächst, daß Elsaß-Lothringen innerlich den Armen Frankreichs entgleitet. Mit der Verwirklichung, die diesen Staatsumbau leuchtend, beharrt er trotzdem bei seiner Methode und fährt fort, die Elsaß-Lothringen mit Verhöhnung der neuen Wähler zu lehren. Wie sind überzeugt, daß diese Methode zu dem Ziele führt, das Herr Poincaré nicht antreibt. Auch in der Wahlpropaganda erweist sich der französische Ministerpräsident, wie seine Straßburger Rede zeigt, keineswegs als Stenograf der elsaß-lothringischen Wähler und der wirtschaftlichen Lage Elsaß-Lothringens. Er übertrifft, daß die französische Erziehungsmethode das nichtfranzösische, typisch elsaß-lothringische, kulturelle deutsche Element in Elsaß-Lothringen in den letzten Jahren gewaltig gekürzt hat, und glaubt, die Wahlen im französischen Sinne beeinflussen zu können, indem er die Autonomiebewegung, die lediglich die Folge der französischen Erziehungsmethode ist, als das Werk „einer Unwissenheit und Unkenntnis“, einer „leichten Rolle von Anarchisten und Antiquaren“ kennzeichnet. Herr Poincaré dürfte sich irren, wenn er meint, mit Beschimpfungen die Autonomiebewegung in Elsaß-Lothringen loszulegen zu können. Der Erfolg wird das Gegenteil beweisen. Es verdient übrigens, festzustellen zu werden, daß das führende Blatt der Partei des Herrn Herriot (der Partei, die ja angeblich in der nächsten Regierung Frankreichs ausschlaggebend sein wird), die radikalsozialistische „Volante“, an der Elspolitik Poincarés grundsätzlich nichts auszuhaben hat. Daß Herr Poincaré, obwohl jedes neue Ereignis der historischen Fortschritt in der Kriegesführung ihm und sein Land in immer fortwährender Weise befeuert, es bei dieser Gelegenheit nicht fertig bringt, Deutschland und Österreich wieder einmal zu befeindigen, den Krieg entzweit zu haben, zeigt, daß der französische Minister-

Schulgesetz des Abg. Dr. Haniel wurde einstimmig folgende Entschliessung angenommen: „Der Reichsschulausschuß billigt die Haltung der Reichspartei. Er erkennt an, daß sie nach Kräften bemüht gewesen ist, ein den geschichtlichen, nationalen und liberalen Schicksal und Kulturforderungen entsprechendes Schulausschuß ausfindig zu bringen. Er spricht sich über insbesondere ihren Vertretern im Bundestagsausschuß den Dank für ihre Tätigkeit aus und anerkennt, daß sie in ihrer weiteren Mitarbeit wie bisher für die großen Kultur- und Kulturideale der Deutschen Volkspartei eintreten wird.“

Ein wirtschaftlicher Qualitäts-Sechszylinder!

Advertisement for NSU 6/30 PS. Includes text: 'Dauerhaft - Sparsam - Zuverlässig', 'Es ist der ideale Stadt- und Touren-Wagen...', and an illustration of the car.